

Bleibt die Affäre ohne Konsequenzen?

Lobbying Zehn Monate sind vergangen seit der «Affäre Markwalder». Laut waren die Beteuerungen, mehr Transparenz ins Zusammenspiel von Parlamentariern und Lobbyisten zu bringen. Doch jetzt müssen Taten folgen

VON DENNIS BÜHLER

Reagiert wurde rasch im vergangenen Mai: Der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann brauchte nur wenige Stunden, um seine Motion einzureichen. Andere, wie der Ausserrhodener FDP-Vertreter Andrea Caroni oder der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Keller, liessen sich für ihre parlamentarischen Initiativen ein paar Tage Zeit. Insgesamt wurden mehr als ein Dutzend Vorstösse eingereicht, nachdem die «NZZ» enthüllt hatte, dass sich die freisinnige Nationalrätin Christa Markwalder eine Interpellation in Kasachstan hatte ausarbeiten lassen. Aus nahezu allen Fraktionen.

Am kommenden Montag nun behandelt erstmals eine Parlamentskammer einen Vorstoss, der in direktem Zusammenhang mit der «Affäre Markwalder» steht: Der Neuenburger SP-Ständerat Didier Berberat möchte das bis anhin geltende «Götli-System» - jeder Parlamentarier kann bis zu zwei Zutrittskarten zum Bundeshaus vergeben - abschaffen und stattdessen ein Akkreditierungssystem etablieren, wie es etwa für Bundeshausjournalisten angewandt wird.

Knappe Entscheidung erwartet

In der vorbereitenden staatspolitischen Kommission war der Vorschlag umstritten. Nach dem Vernehmen nach aussergewöhnlich hitzige Debatte empfahl sie ihn letztlich mit Stimmenscheid ihrer Präsidentin, der Zürcher Grünliberalen Verena Diener, zur Ablehnung. Der hauchdünn unterlegenen Minderheit gehörten nicht nur SP-Kollegen Berberats an, sondern mit dem Neuenburger Raphaël Comte auch ein FDP- und mit dem Bündner Stefan Engler ein CVP-Vertreter. Die Abstimmung in der kleinen Kammer dürfte entsprechend knapp ausfallen.

«Lobbyismus- und Transparenzfragen kommen immer wieder auf, seit ich in Bern politisiere», sagt Engler. «Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.» Manchmal lungerten in der Wandelhalle und im Vorzimmer des Ständeratsaals derart viele Interessenvertreter rum, dass er es sich kurzfristig anders



Wer genau lobbyiert im Bundeshaus, bei wem und für wen oder was? Einzelne Politiker fordern diesbezüglich mehr Transparenz.

ALESSANDRO DELLA VALLE/KEYSTONE

überlege, wenn er sich mal für einen Moment die Beine vertreten wolle.

Während Engler bei seinen CVP-Kollegen noch einige Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit diese der Initiative Berberats zustimmen, hat Kommissionskollege Hans

Stückli in seiner Fraktion einfacheres Spiel. Die SP tritt seit langem für mehr Transparenz ein. «Jetzt, zu Beginn der neuen Legislatur, ist der ideale Moment, um das Lobbying zu reformieren», sagt Stückli. «Nicht zuletzt, weil die im Oktober neu ins Parlament Gewählten noch nicht ans aktuelle System gewöhnt sind.»

«Bloss Lippenbekenntnisse»

Doch ob die «Affäre Markwalder» den Druck tatsächlich schon genü-

gend erhöht hat? FDPler Caroni zweifelt: «Persönlich unterstütze ich den Vorstoss Berberats», sagt er. «Doch die Mehrheit meiner Fraktionskollegen sieht betreffend Lobbying wenig Handlungsbedarf.»

Dies weckt Kritik von Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli: «Die Ankündigungen der FDP, mehr Transparenz schaffen zu wollen, waren offensichtlich nicht mehr als Lippenbekenntnisse und Teil ihrer Krisenkommunikation auf dem Höhepunkt der «Affäre Markwalder.» Skeptisch gibt sich auch Otto Hostettler, Präsident der Organisation Lobbywatch, die Politikern und Interessenvertretern auf die Finger schaut. «Es bräuchte eine wirkliche Transparenzregelung», sagt er. «Dazu gehört auch, dass die Wähler wissen sollten, welcher Parlamentarier mit einer Nebentätigkeit wie viel verdient.»

FALL MARKWALDER

Eine Affäre ohne Konsequenzen

Es war der Polit-Aufreger des vergangenen Jahres: Im Mai 2015 enthüllte die «NZZ», dass die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder zwei Jahre zuvor eine Frage an den Bundesrat gerichtet hatte, die von der PR-Firma Burson-Marsteller verfasst und inhaltlich von einer kasachischen Schein-Oppositionspartei geprägt worden war. Zur Vorbereitung der Interpellation hatte Markwalder Kommissionsunterlagen an eine Lobbyistin weitergegeben. Doch weil ein Antrag auf Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität von den zuständigen national- und ständerätlichen Kommissionen ab-

gewiesen wurde, durfte die Bundesanwaltschaft keine Ermittlungen gegen Markwalder aufnehmen. Ende November wurde die 40-Jährige dann diskussionslos zur neuen Nationalratspräsidentin gekürt - alles ging den gewohnten Gang, als hätte es die Affäre nie gegeben. Keine Konsequenzen hatte auch der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller zu gewärtigen, der sich von einem dubiosen Politiker auf eine Reise nach Kasachstan hatte einladen lassen. Und das, obwohl die Empfehlungen des Parlaments aus dem Jahr 2007 unmissverständlich sind: Reisen sind nur zulässig, «sofern die Ratsmitglieder selber bezahlen». (DBU)